

## Preussisches Abgeordnetenhaus.

### Keine Erörterung auswärtiger Angelegenheiten.

B. Berlin, 16. Februar. Vor dem Eingehen in die Tagesordnung gibt Präsident Graf von Schwerin-Löwis eine Erklärung ab, worin betont wird, daß nach Besprechung der Parteiführer eine vollkommene Übereinstimmung darüber herrsche, daß das Abgeordnetenhaus zweifellos auch zur Erörterung auswärtiger Angelegenheiten des Reiches berechtigt sei. Auch dürfe es gerade in der gegenwärtigen ernsten Zeit ein begreiflicher und berechtigter Wunsch aller Parteien sein, ihren Anschauungen über die äußere Lage Ausdruck zu geben, und der Verzicht darauf daher für alle Parteien ein großes Opfer bedeuten. Dennoch glaube der Präsident, daß im gegenwärtigen Augenblick eine öffentliche Erörterung der äußeren Lage den Interessen des Landes nicht entsprechen würde, sondern sie möglicherweise schädigen könnte. Er schlägt vor, die Erörterung aller auswärtigen Angelegenheiten, insonderheit der Kriegsziele, der Kriegsführung sowie der Beziehungen zu den kriegsführenden und neutralen Staaten von den diesjährigen Etatsberatungen auszuschließen.

Abg. Hirsch (Sozialdemokrat) spricht sich gegen den Vorschlag des Präsidenten aus, da für die Sozialdemokraten die Tribüne des Parlaments die einzige Möglichkeit bedeute, gegen den Beschluß der Staatshaushaltskommission in der U-Bootsfrage, welcher eine Ueberschreitung der Kompetenzen der Kommission bedeute, auf das entschiedenste Verwahrung einzulegen.

Der Vorschlag des Präsidenten wird mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Dänen angenommen.

Minister des Innern v. Löbell erklärt: Die Staatsregierung begrüßt den Beschluß des Hauses und wird ihrerseits gern davon absehen, die Meinungsverschiedenheiten über staatsrechtliche Fragen in dieser ernsten Zeit weiterhin zu erörtern.

Hiermit ist der durch den Beschluß der Budgetkommission bezüglich der Führung des U-Bootskrieges und durch die Zurückweisung dieses Beschlusses seitens der „Nordd. Allg. Ztg.“ hervorgerufene Zwischenfall erledigt.

Das Haus setzt die Etatsberatung fort.